

„Erinnerungen an die Pinochet-Zeit“

BZ-INTERVIEW mit Anna Fünfgeld vom Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg über die Lage in Chile, wo seit Monaten gegen die Regierung protestiert wird

FREIBURG/SANTIAGO DE CHILE. Seit Mitte Oktober kommt es in Chile zu Demonstrationen gegen die Politik der Regierung. Auslöser war die Erhöhung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr. Polizei und Militär gehen mit Härte gegen Demonstranten vor. Annemarie Rösch sprach darüber mit der Lateinamerika-Expertin Anna Fünfgeld vom Arnold-Bergstraesser-Institut. Sie weilt seit dem 15. Oktober in Chile.

BZ: Frau Fünfgeld, sind die Proteste inzwischen am Abflauen?

Fünfgeld: Nein, im Gegenteil. Der Protest hat sich etwas verändert, aber es finden immer noch jeden Tag Demonstrationen statt. Am Anfang gab es jeden Tag Cacerolazos, eine Protestform, bei der man mit Töpfen einen Rhythmus schlägt. Diese lautstarke Form des Protests war während der Ausgangssperre der ersten Wochen wichtig. Parallel dazu gingen ein paar Metrostationen in Flammen auf. Momentan gibt es jeden Tag Demonstrationen und es werden Streiks ausgerufen.



Anna Fünfgeld

BZ: Worum geht es in den Protesten?

Fünfgeld: Die Proteste richten sich vor allem gegen die extreme Ungleichheit im Land. Innerhalb der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist Chile mit Mexiko das Land mit der größten Ungleichheit. Laut einer Studie der Universidad de Chile lebt eine winzige Minderheit der Bevölkerung Santiagos auf demselben Lohnniveau wie in Norwegen, die große Mehrheit lebt aber auf dem des Iraks oder des Kongo.

BZ: Was heißt das für diese Menschen?

Fünfgeld: Die Lebensmittelpreise in Supermärkten sind so hoch wie in Europa, viele Güter wie beispielsweise elektronische Geräte sind teurer als in Deutschland und die Mieten in der Hauptstadt Santiago sind auf dem Niveau deutscher Großstädte. Die Mindestrente beträgt aber nur 200 Euro im Monat und mit einem Einkommen von 1000 Euro im Monat gehört man hier zur oberen Mittelschicht. Viele Menschen können sich nur auf Straßenmärkten mit Lebensmitteln versorgen. Die Verschuldungsrate ist extrem hoch. Viele Menschen kaufen Lebensmittel auf Kredit ein.

BZ: Es gehen auch viele Studenten auf die Straße. Was treibt sie an?

Fünfgeld: Auch das Bildungs- und Gesundheitssystem wurde im Zuge der Neoliberalisierung unter Diktator Pinochet privatisiert, weswegen sich viele Menschen verschulden müssen, um Arztrechnungen oder ihre Ausbildung zu bezahlen – oder sich diese erst gar nicht leisten können. Auch das zementiert die Ungleichheit und führt zu großer Unzufriedenheit.

BZ: Nach der Pinochet-Ära hat Chile den Weg der Demokratisierung eingeschlagen. Warum bekam die Regierung die sozialen Probleme nicht in den Griff?



Polizei und Militär gehen mit großer Gewalt gegen Demonstranten vor.

Fünfgeld: Die Regierungen haben viele Zugeständnisse an die alten Kräfte gemacht und die Verfassung von 1980, als Pinochet an der Macht war, beibehalten. Sie sieht ein neoliberales Wirtschaftssystem ohne soziale Absicherungen vor. Die frühere Präsidentin Michelle Bachelet von der Sozialistischen Partei hat zwar Reformen versucht, grundsätzlich wurde aber an dem politischen und ökonomischen System nichts verändert. Die rechtskonservativen und ganz rechten

Kräfte sind in Chile noch immer stark. Das zeigt sich auch darin, dass 2018 der Milliardär Sebastián Piñera von der konservativen Partei der Nationalen Erneuerung die Präsidentenwahl gewonnen hat. Sein Bruder war unter Pinochet Minister und hat das Rentensystem entwickelt, gegen die Menschen jetzt protestieren.

BZ: Piñera hat nach Beginn der Proteste angekündigt, eine Hauptforderung der Demonstranten zu erfüllen und eine verfassunggebende Versammlung einzube-

rufen, die eine neue Verfassung ausarbeitet. Warum gehen die Proteste weiter?

Fünfgeld: Die Demonstranten haben wenig Vertrauen in die Regierung – zumal diese sofort nach Beginn der Proteste den Ausnahmezustand ausgerufen hat und Militär und Polizei seither mit großer Härte vorgehen. Das Nationale Institut für Menschenrechte hat 1700 Fälle registriert, bei denen Menschen durch Schüsse von Polizei und Militär verletzt wurden. Die Regierung spricht von 23 Toten, in den sozialen Medien ist aber von einer deutlich größeren Zahl die Rede. Es gibt Berichte über Folter und Vergewaltigungen von Demonstranten. Bei vielen ruft diese Gewalt Erinnerungen an die Pinochet-Zeit hervor. So viele Verletzte und Tote bei Demonstrationen kennt man sonst aus Demokratien nicht, nur aus Militärdiktaturen.

BZ: Wie geht es weiter?

Fünfgeld: Das ist offen. Seitens der Zivilgesellschaft haben sich eindrucksvolle Netzwerke und solidarische Strukturen herausgebildet, in denen sich die Menschen organisieren und in dieser schwierigen Phase gegenseitig unterstützen. Die Bevölkerung ist entschlossen, weiter für einen neuen und sozial gerechteren Gesellschaftsvertrag zu kämpfen. Gleichzeitig geht die Polizei weiter jeden Tag äußerst brutal gegen die Demonstrierenden vor und es gibt keinerlei Einsicht, dass da etwas schief läuft. Von internationaler Seite ist es daher auch wichtig, dass weiter über die hier stattfindenden Menschenrechtsverletzungen berichtet wird.

Anna Fünfgeld (36) ist Politikwissenschaftlerin am Arnold-Bergstraesser-Institut und an der Uni Freiburg. Sie vergleicht in ihrer Doktorarbeit Brasilien und Indonesien.